

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Andreas Bleck, Jürgen Braun,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/11146 –

Beitritt zur europäischen Nuklearallianz

A. Problem

Die antragstellende Fraktion der AfD schickt ihrem Antrag voraus, dass sich im Februar 2023 elf Staaten der EU zur sogenannten Nuklearallianz zusammengeschlossen haben. Die kommerzielle elektrische Nutzung der Kernenergie sei in Europa noch weit verbreitet. Seit dem Abschalten der letzten drei verbliebenen Kernkraftwerksblöcke in Deutschland am 15. April 2023 habe sich Deutschland von einem Stromexportland in ein Stromimportland gewandelt.

Die Fraktion wolle die Bundesregierung daher auffordern, schnellstmöglich einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Nuklearallianz anzustreben und zu vollziehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11146 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Katrin Zschau
Vorsitzende

Konrad Stockmeier
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Konrad Stockmeier

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/11146** wurde in der 167. Sitzung des Deutschen Bundestags am 26. April 2024 beraten und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD schickt ihrem Antrag voraus, dass sich im Februar 2023 elf Staaten der EU zur sogenannten Nuklearallianz zusammengeschlossen haben. Die kommerzielle elektrische Nutzung der Kernenergie sei in Europa noch weit verbreitet. Seit dem Abschalten der letzten drei verbliebenen Kernkraftwerksblöcke in Deutschland am 15. April 2023 habe sich Deutschland von einem Stromexportland in ein Stromimportland gewandelt.

Die Fraktion wolle die Bundesregierung daher auffordern, schnellstmöglich einen Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Nuklearallianz anzustreben und zu vollziehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/11146 in seiner 73. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/11146 in seiner 72. Sitzung am 15. Mai 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD und bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/11146 in seiner 109. Sitzung am 15. Mai 2024 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** sah keinen Anlass für einen Beitritt zur europäischen Nuklearallianz und lehnte den Antrag daher ab. Es gebe in Deutschland keinen Mangel an Stromerzeugungskapazitäten. Deutschland habe nur deshalb im letzten Jahr mehr Strom importiert als exportiert, weil preisgünstiger Strom aus dem europäischen Ausland gekauft worden sei. Der europäische Binnenmarkt funktioniere. Die Übertragungsnetze würden auch weiter verbessert, um Engpässe zu beseitigen. SMR (Small Modular Reactors), also kleine Atomreaktoren, müssten dagegen in großer Anzahl und flächendeckend errichtet werden. Es wäre ein großer Aufwand bei der Kühlung und der Sicherung auch vor Cyberangriffen erforderlich. Die Finanzmittel für eine Nuklearallianz sollten besser für die Energiewende genutzt werden, da dies die Stromversorgung insgesamt resilienterer mache.

Die **Fraktion der CDU/CSU** war der Auffassung, dass man eine Grundsatzdiskussion über die Kernenergie in der Zukunft führen müsse. Man dürfe wegen der Entscheidung zum Ausstieg aus der Kernenergie nicht blind werden für diese Technologie. Es gebe in der europäischen Nuklearallianz auch die Möglichkeit, in einem Beobachterstatus beizutreten. So könnte eine neutrale Position eingenommen werden, auch wenn man nicht die

gleichen Ziele verfolge. Man bliebe dann aber nicht außen vor. Dies wäre auch im Hinblick auf die Kernfusion wichtig, für die weiterhin Mittel ausgegeben würden. Bei der Nuklearallianz gehe es auch darum, dass sich Länder Subventionen sicherten. Deutschland müsse überlegen, wie man einen Anteil davon erhalten könne, auch wenn diese nicht in Kernenergie fließen sollten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt die Debatte über die Kernenergie für eine Ablenkung von den wirklichen Herausforderungen. Atomenergie sei keine Lösung für die anstehenden Probleme. Dies hätten kürzlich auch die Industrie- und Handelskammern so gesehen. Deutschland sei nicht allein, sondern in einem Bündnis mit 130 Staaten, die auf erneuerbare Energien setzten. Derzeit seien zum Beispiel in Finnland nur 42 Prozent der Atomkraftwerke am Netz und ein neues Atomkraftwerk nach kurzer Zeit bereits seit zwei Monaten in Revision. In den USA sei das NuScale-Projekt gescheitert, weil es wiederholt technische Probleme gegeben habe und es nicht wirtschaftlich hätte betrieben werden können. Der angestrebte Strompreis von 55 US-Dollar pro Megawattstunde hätte auf 89 US-Dollar angehoben werden müssen, ohne staatliche Subventionen sogar auf 119 US-Dollar.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, mit dem Beitritt zur europäischen Nuklearallianz solle der Wiedereinstieg in die Kernenergie vorbereitet werden. Außerdem könne damit das Know-how für diese Technologie in Deutschland erhalten werden. Dies sei auch ein Ziel der Bundesregierung und für die nukleare Sicherheit erforderlich. Andernfalls werde es das Know-how nur noch dort geben, wo Kernenergie produziert werde. Auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments zur SMR würden die Vorteile hervorgehoben. Kernenergie sei CO₂-arm und trage zu einer kostengünstigen und zuverlässigen Energieversorgung in Europa bei. Dies könne nur mit erneuerbaren Energien nicht erreicht werden.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass sie bei allen Technologien zur Energieerzeugung gegen eine Dauersubventionierung sei. Dies gelte sowohl für Photovoltaik, Wind und klimaneutrale Gase als auch für moderne Formen der Kernspaltung und der Kernfusion. Man müsse einen Rahmen setzen, in dem sich die beste Technologie durchsetzen könne, die dann perspektivisch subventionsfrei sein müsse. Bei SMR würden viele privatfinanzierten Projekte am Ende wegen der Kostenstruktur scheitern. Dies sei in einer Marktwirtschaft aber normal. Die Fraktion sei dagegen, Technologien von vornherein auszuschließen. Wenn in dem gesteckten Rahmen jeder für Risiken und Chancen verantwortlich sei, werde sich die beste Technologie durchsetzen. Dann könnte alles privatwirtschaftlich abgedeckt werden. Die Idee eines Beobachterstatus in der europäischen Nuklearallianz sei bedenkenswert.

Die **Gruppe Die Linke** erinnerte daran, dass für SMR sehr viele nukleare Transporte durchgeführt und gesichert werden müssten. Die terroristische Gefahr werde bei der Kernenergie immer ausgeblendet. Auch kleine Reaktoren seien nicht sicher vor terroristischen Anschlägen. Zudem seien erhebliche staatliche Subventionen für die Kernenergie erforderlich. Kernenergie finanziere sich nicht selbst. Zugleich mache man sich von Uranimporten aus dem Ausland abhängig.

Die **Bundesregierung** erläuterte, das technische Know-how zur Kernenergie und zur Sicherheitsforschung werde durch die Mitarbeit in der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und die Endlagerforschung erhalten bleiben. Bei der Nuklearallianz werde es eher darum gehen, wer finanzielle Mittel bereitstellen werde, als wer Subventionen erhalten könne. Das notwendige Uran für SMR werde derzeit ausschließlich in Russland angereichert, was zu einer extremen Abhängigkeit führen würde.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/11146 zu empfehlen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Konrad Stockmeier
Berichterstatter